

## Energiepolitik

## Österreich beschloß Unabhängigkeit von Atomstromimporten

### Kafkaeske Argumentation der österreichischen Finanzbehörden

Auf einem Atomstromeuropagipfel hat die österreichische Regierung am 16. April 2012 zusammen mit Umweltschutzorganisationen und der Energiewirtschaft eine Kennzeichnungspflicht von Atomstrom und ein selbst auferlegtes Verbot für Atomstromimporte ab dem Jahr 2015 beschlossen. Das heißt: Österreich will ab 2015 völlig atomstromfrei sein. In Zukunft soll kein sogenannter „Graustrom“, dessen Anteil zur Zeit noch 14,7 Prozent ausmacht, mehr in Österreich verkauft werden. Darüber hinaus soll ein Gütesiegel für den atomfreien Strom eingeführt werden. Ein direktes Verbot von Atomstromimporten ist allerdings auf Grund des Europarechts nicht möglich.

Österreich setzt sich damit im Gegensatz zu Deutschland auch aktiv für den europäischen Atomausstieg ein. Bundeskanzler Faymann forderte vor allem auch die Nachbarstaaten auf, sich klar gegen Atomenergie zu positionieren und die Lobbyeinflüsse der Branche einzuschränken.

Würde sich die deutsche Bundesregierung dem anschließen, könnte dies den europäischen Nachbarn unter anderem in Frankreich, der Schweiz, in Tschechien und Belgien signalisieren, daß weite Teile der deutschen Bevölkerung sich auch von deren unsicheren Atommeilern, die zum Teil nur wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt stehen, bedroht fühlen, meint dazu der energie-

politische Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Hans-Josef Fell. Gleichzeitig würde Deutschland die Atomstromproduzenten in den Nachbarländern dann nicht auch noch ökonomisch unterstützen.

### Antiatom-Aktivitäten sind für Österreichs Finanzministerium keine Umweltschutzmaßnahmen

Seit dem 1. Januar 2012 ist es in Österreich zwar möglich, Spenden an Umweltschutzorganisationen wie in Deutschland steuerlich abzusetzen, das gilt jedoch nicht für Antiatom-Aktivitäten. Das berichtete jetzt die seit Jahren aktive österreichische Antiatom-Organisation „atomstopp\_atomkraftfrei leben!“. Auf ihren Antrag auf Anerkennung als spendenbegünstigte Umweltschutzorganisation erhielt die Organisation die Antwort, der Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie sei keine Maßnahme des Umweltschutzes und die Erzeugung von Atomstrom stelle keine unmittelbare Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen von Lebewesen dar. Darüber hinaus stellte die oberste Finanzabteilung die Gemeinnützigkeit des Vereins mit der Begründung in Frage, daß davon auszugehen sei, daß „ein nicht unbeachtlicher Teil der Allgemeinheit dem Förderziel gegenüber negativ eingestellt ist“.

Laut Auskunft der Abteilung Steuerbegünstigungen stellt diese Einschätzung die Meinung des österreichischen Finanzministeriums dar. Originalton des österreichischen Finanzamtes 1/23 Bundesweite Abteilung Steuerbegünstigungen vom 13. April 2012:

„Der Verein erfüllt derzeit die Voraussetzungen für die Erteilung einer Spendenbegünstigung nicht.

Zum ersten ist der Vereinszweck nicht als gemeinnütziger Zweck einzustufen, da davon auszugehen ist, daß ein nicht unbeachtlicher Teil der

Allgemeinheit dem Förderziel gegenüber negativ eingestellt ist. In Zeiten immer knapper werdender Ressourcen steht die Nutzung der Atomkraft durchaus wieder im Raum.

Zum zweiten stellt die Erzeugung von Atomstrom an sich keine unmittelbare Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen von Lebewesen dar. Bei optimalen Sicherheitsmaßnahmen - auch hinsichtlich der Lagerung des radioaktiven Abfalls - liegt durch die Nutzung von Atomkraft keine Umweltschädigung vor. Der Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie ist daher für sich keine Maßnahme des Umweltschutzes.“

„Das ist aus unserer Sicht völlig inakzeptabel!“, so Roland Egger, Obmann von atomstopp\_atomkraftfrei leben! Das Finanzministerium verhöhne hunderttausende engagierte Österreicher und Österreicherinnen. Bundeskanzler Faymann müsse ein Machtwort sprechen, der Ruf des Antiatom-Engagements des Bundeskanzlers stehe auf dem Prüfstand.

Erklärungen des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann vom 16. und 17. April 2012: [www.bka.gv.at/site/cob\\_47370/currentpage\\_0/6597/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/cob_47370/currentpage_0/6597/default.aspx) [www.bka.gv.at/site/cob\\_47390/6597/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/cob_47390/6597/default.aspx) ●

### Kernfusionsforschung

## EU-Parlament genehmigte weitere 650 Millionen Euro für das Milliardengrab ITER

Das Europäische Parlament hat am 20. April 2012 eine weitere Aufstockung der Mittel für den Kernfusionsreaktor International Thermonuclear Experimental Reactor (ITER) beschlossen. Allein im Jahr 2012 sollen 650 Millionen Euro in das Großprojekt flie-

ßen. Die Abstimmung besiegelte ein bereits im Dezember 2011 zwischen Rat und Parlament ausgehandeltes Übereinkommen. Die Grünen stimmten gegen die Aufstockung. Nicht nur handele es sich bei ITER um eine atomare Risikotechnologie, es sei darüber hinaus mehr als ungewiß, ob der Reaktor die in ihn gesetzten Hoffnungen je wird erfüllen können.

Helga Trüpel, Haushaltspolitische Sprecherin der Grünen/EFA erklärte unter anderem: „Wir halten die zusätzlichen 650 Millionen Euro für eine dramatische Fehlinvestition in eine atomare Risikotechnologie, die im Fusionsprozeß radioaktives Tritium verwendet und die wir daher grundsätzlich ablehnen. Auch im besten Fall kann die Kernfusionsenergie erst weit nach dem Jahr 2050 einen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Für die dringend erforderliche Energiewende ist der Reaktor folglich bedeutungslos. Es ist dramatisch, daß die Ausgaben für den ITER auf Kosten wichtiger Investitionen in grüne Energieträger und zukunftsorientierte Forschungsfelder gehen. Statt weiter Geld in das Milliardengrab ITER zu pumpen, sollten wir endlich die nötigen Investitionen in eine neue nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit für Europa leisten.“

Die Forschung und der Bau des ITER-Reaktors sollten ursprünglich 5 Milliarden Euro kosten. Inzwischen haben sich die Kosten für die ITER-Forschung nach offiziellen Angaben der EU-Kommission bereits auf mehr als 16 Milliarden Euro erhöht. Umweltverbände wie die NaturFreunde Deutschlands fordern zudem die Auflösung der Atom-Fördergemeinschaft EURATOM, aus der ein großer Teil der Mittel für die ITER-Forschung stammen, und deren Umbau in eine europäische Agentur für erneuerbare Energien.

[www.euratom-nein-danke.de](http://www.euratom-nein-danke.de) ●